

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 229-2018
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2018.RRGR.677

Eingereicht am: 15.11.2018

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: glp (Brönnimann, Mittelhäusern) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 22.11.2018

RRB-Nr.: vom
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Politische Meinungsverschiedenheiten demokratisch lösen – Wiederholung der Moutier-abstimmung vorbereiten

Der Regierungsrat wird wie beauftragt,

1. die Grundlagen zu klären, die für eine Wiederholung der Abstimmung über die Kantonszugehörigkeit von Moutier nötig wären
2. rechtliche und politische Szenarien für den Grossen Rat darzulegen
3. dem Grossen Rat die Haltung der Regierung zum weiteren Vorgehen zu kommunizieren
4. aufzuzeigen, welche Auswirkungen der Entscheid der Regierungsratspräsidentin und dessen Anfechtung auf die Gebäudestrategie der Regierung hat, insbesondere was das Spital, das Gefängnis und die Berufsfachschule Moutier anbelangt

Begründung:

Aufgrund des Entscheids der Regierungsstatthalterin des Berner Juras sind proaktives Handeln und eine klare politische Haltung des Kantons Bern (Regierung und Parlament) wichtig. Mit Hinweis auf das laufende juristische Verfahren einfach die Hände in den Schoß zu legen, ist keine Lösung. Dem politischen Frieden zuliebe sind demokratisch legitimierte Entscheidungen gerichtlichen Entscheidungen grundsätzlich vorzuziehen. Niemand hat ein Interesse, dass die «Jurafrage» gerichtlich entschieden wird und diesbezügliche politische Prozesse um Jahre verzögert werden. Wir wollen keine katalanischen Verhältnisse im Kanton Bern.

Die betroffenen kantonalen Institutionen (Spital, Gefängnis, Berufsfachschule und andere) am Standort Moutier und insbesondere deren Mitarbeitenden brauchen zudem klare Planungsgrundlagen.

Begründung der Dringlichkeit: Die «Moutierfrage» ist sehr aktuell und hochpolitisch. Das zeigt unter anderem die vergangene Demonstration in Moutier. Wenn die Regierung ihre Haltung rasch kommuniziert, gibt es evtl. noch eine Chance auf eine politische Lösung. Andernfalls riskiert der Kanton Bern erneut eine Verhärtung der politischen Fronten.

Verteiler

- Grosser Rat